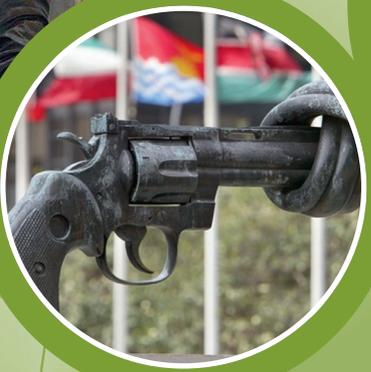


Die Kriege 2009

- 1 Israel
- 2 Afghanistan
- 3 Pakistan
- 4 Jemen
- 5 Somalia
- 6 Sri Lanka

- Weitere hochgewaltsame Konflikte in
- Mexiko
 - Kolumbien
 - Peru
 - Nigeria
 - Tschad
 - Sudan
 - Dem. Rep. Kongo
 - Uganda
 - Äthiopien
 - Saudi Arabien
 - Irak
 - Iran
 - Türkei
 - Russland (Tschetschenien, Inguschetien)
 - Pakistan
 - Indien
 - Birma
 - Thailand
 - Philippinen
- dpa • 11860 In einigen Ländern mehrere Konflikte (z.B. in Nigeria)

Quelle: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung





Internationale Politik

Die zahlreichen Kriege und Konflikte auf der Welt zeigen, dass bis heute Frieden und Sicherheit alles andere als selbstverständlich sind. Umweltzerstörung und Klimaveränderungen, Kriege und Konflikte, Hunger und Armut bedrohen die Menschen weltweit. Durch die Globalisierung, die man auch als Entgrenzung der Welt bezeichnet, wirken sich Krisen irgendwo auf der Welt auf die gesamte Weltgemeinschaft aus.



Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels solltest du Folgendes können:

- ausgewählte Gefährdungen von Frieden und Sicherheit kennen und beurteilen
- verschiedene Institutionen und Akteure internationaler Politik kennen sowie deren Möglichkeiten zur Konfliktlösung in der internationalen Politik einschätzen
- einen Konflikt mit geeigneten Methoden untersuchen
- Maßnahmen der Friedenssicherung beurteilen

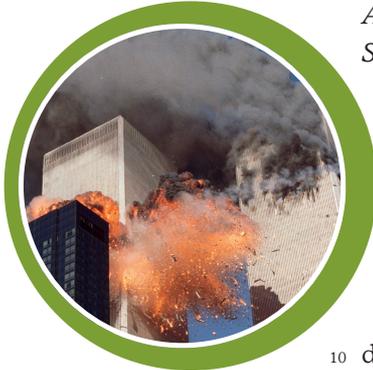
Was weißt du schon?

- Ergänze folgenden Satz in Einzelarbeit:
 - Frieden bedeutet für mich ...
- Mit euren Ergebnissen könnt ihr (Partnerarbeit oder Gruppenarbeit) einen „Friedensbaum“ gestalten, der im Laufe der Unterrichtsreihe ergänzt oder verändert wird. Dazu sammelt ihr auf separaten Zetteln die Merkmale und Voraussetzungen für Frieden und heftet die Zettel in Baumform auf ein Plakat: Was bildet den „Stamm“, was die „Äste“, was sind die „Blätter“ oder „Früchte“?

1.1 Bedrohungen für den Weltfrieden

Terrorismus – der neue Krieg?

M1 Was ist transnationaler Terrorismus?



Anschlag mit Verkehrsflugzeugen auf das World Trade Center in New York am 11.9.2001. Fast 3.000 Menschen verloren dabei ihr Leben. Die Terrororganisation Al-Qaida übernahm die Verantwortung dafür.

Al-Qaida

Name eines losen, weltweit operierenden islamistischen Terrornetzwerks, das seit 1993 zahlreiche schwere Terroranschläge in mehreren Staaten verübt hat, darunter die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in Washington im September 2001. Der Anführer, Osama bin Laden, konnte 2011 in Pakistan von US-Streitkräften getötet werden.

Aus einem Interview mit Dr. Ulrich Schneckener. Er ist Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Das Interview führte Hanna Huhtasaari.

Der transnationale Terrorismus unterscheidet sich vom herkömmlichen Terrorismus in erster Linie dadurch, dass er eine internationale Zielsetzung verfolgt. Das heißt: transnationalen Terrornetzwerken – wie etwa Al-Qaida oder anderen Gruppen – geht es darum, eine internationale oder regionale Ordnung zu verändern. Den meisten herkömmlichen und lokalen Terrorgruppen geht es hingegen darum, ein konkretes politisches Regime zu ändern.

Ein weiterer Aspekt ist, dass transnationaler Terrorismus eine Form von transnationaler Ideologie braucht. Hier spielt der Islamismus eine wesentliche Rolle. Der Islamismus erlaubt es, Menschen unterschiedlichster Nationalität und Kultur miteinander in Verbindung zu setzen. Die transnationale Ideologie schafft eine Offenheit der Netzwerke, weil sich hier im Prinzip jeder beteiligen kann, der sich dieser Ideologie verschreibt. Das gilt beispielsweise auch für Menschen, die zum Islam übergetreten sind. Diese Form der Ideologie dient sozusagen der Netzwerkausbreitung. Und drittens unterscheiden sich transnationale Netzwerke in ihrer Mitgliederstruktur von

herkömmlichen Gruppen. Klassische Terrorgruppen sind oftmals von einer Nation dominierte Gruppierungen, in denen relativ wenig Ausländer vertreten sind. In den transnationalen Netzwerken ist diese Unterscheidung zwischen In- und Ausländern gar nicht vorhanden: sie sind multinationale Unternehmen. Der letzte Aspekt ist der Netzwerkcharakter selber, also die Organisationsstruktur. [...]

Grundsätzlich spielen Medien für den Terrorismus eine große Rolle. Der Terrorismus setzt darauf, psychologische Effekte zu erzeugen: Schrecken, Panik, das Gefühl von Unsicherheit. Das lässt sich nicht durch den Terrorakt selbst erreichen, sondern nur durch die mediale Berichterstattung über den Akt und über das Phänomen Terrorismus. Diffuse Ängste können im Wesentlichen eigentlich nur gefördert werden, weil Terroristen einen medialen Zugang haben. Heute ist es so, dass Terroristen in der Lage sind, sich diesen medialen Zugang selbst zu schaffen. Die Terroristen verfügen über eigene Verbreitungskanäle, in denen sie ihre eigenen Inhalte ohne jede Redaktion eins zu eins senden und verbreiten können. Hier ist das Internet ein zentraler Punkt, aber natürlich auch Videobänder, eigene TV-Sender, Chatrooms oder ganz herkömmliche Publikationsformen.

http://www.bpb.de/themen/5Y4QJS,0,0,Terrorismus_setzt_auf_psychologische_Effekte.html (20.9.2007)

M 2 Die neuen Kriege

Als Krieg bezeichnet man einen gewaltsamen Massenkonflikt, der in der Regel folgende Merkmale aufweist: An den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, wobei es sich mindestens auf einer Seite um reguläre staatlich gelenkte Einheiten handeln muss; auf beiden Seiten muss die Kriegführung planmäßig und zentral gesteuert werden und die bewaffneten Operationen müssen sich mit einer gewissen Kontinuität ereignen. Andernfalls handelt es sich lediglich um bewaffnete Konflikte.

Krieg bedeutet immer, dass Interessenkonflikte gewaltsam ausgetragen werden. Kriegsursachen sind häufig die Bekämpfung einer staatlichen Ordnung, Grenzstreitigkeiten, Autonomiebestrebungen, Konflikte um Ressourcen oder unterschiedliche Ideologien.

Führen zwei Staaten gegeneinander Krieg, so spricht man von zwischenstaatlichem Krieg. Kämpfen verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates gegeneinander Krieg, so handelt es sich um einen Bürgerkrieg. Ein neueres Phänomen ist der sogenannte asymmetrische Krieg. Bei

dieser Form des Krieges tragen lokale Warlords, Rebellen- und Guerrillagruppen, „Befreiungsarmeen“ oder internationale Terrornetzwerke Gewalt in die Mitte auch fremder Gesellschaften hinein, um die staatliche Ordnung, eine Besatzungsmacht oder eine Bevölkerungsgruppe zu bekämpfen. Ein fruchtbares Umfeld zur Planung ihrer Aktivitäten finden diese Organisationen in schwachen Staaten, die Recht und Ordnung nicht oder nicht mehr durchsetzen können, weil zum Beispiel das nötige Geld zur Bezahlung von Polizisten und Richtern fehlt. Gebiete, die nur mangelhaft unter staatlicher Kontrolle stehen, werden als Rückzugs- und Ruheräume, als Orte für Trainings- und Ausbildungscamps genutzt. Auch lassen sich in solchen Staaten leichter illegale Geschäfte vom Drogenhandel bis zur Geldwäsche betreiben, um die eigene Anhängerschaft zu finanzieren. Die Staatengemeinschaft steht vor der schwierigen Frage, wie sie mit dieser Form der Gewalt, bei der die Grenzen zur Kriminalität fließend sind, umgehen sollen.



Abschiedsvideo eines Selbstmordattentäters. Selbstmordattentate gehören zur Strategie islamistischer Terrorgruppen.

Frieden

Der Begriff bedeutet zunächst nur die Abwesenheit von Krieg (negativer Frieden). Doch herrscht Frieden mehr ist als kein Krieg. Positiver Frieden ist erst dann gegeben, wenn Interessenkonflikte dauerhaft gewaltlos ausgetragen werden und ein Zustand der Gerechtigkeit herrscht.

Aufgaben

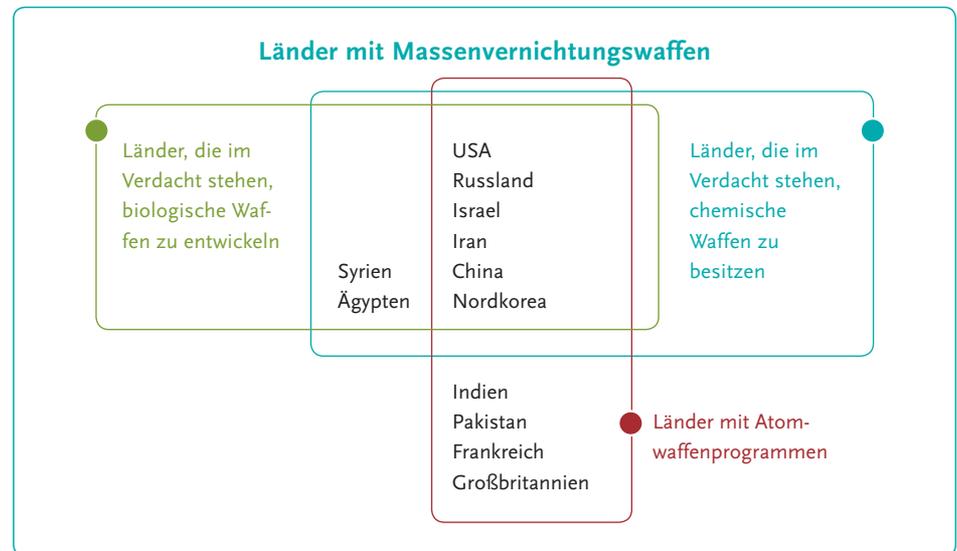
1. Werte die Tageszeitung nach aktuellen Meldungen zum Terrorismus aus und berichte in der Klasse darüber.
2. Erkläre den Unterschied zwischen transnationalem und herkömmlichem Terrorismus (M 1).
3. Stelle auch anhand des Bildes in M 1 dar, welche Bedeutung die Medien für den Terrorismus haben.
4. Beurteile, um welche Form des Krieges es sich beim internationalen Terrorismus handelt (M 2).



Ordne zu, welche Elemente eures Friedensbaumes (Aufaktseite) dem negativen und positiven Frieden zuzuordnen sind

Wie kann die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindert werden?

M3 Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen



Frieden und Sicherheit, Schülerheft, hrsg. von der Aktionsgemeinschaft Jugend und Bildung, 2009/10, S. 6

Nuklear- und andere Massenvernichtungswaffen (biologische, chemische Waffen) werden (wieder) zu einer zunehmenden Bedrohung für die Weltgemeinschaft, wenn sie in die Hände von Herrschaftssystemen gelangen, die wenig oder keine Skrupel hätten, diese selbst einzusetzen oder radikalen Terroristen in die Hände zu spielen. Diese Gefahr ist besonders bei schwachen Staaten gegeben, die von Zerfall und Bürgerkrieg bedroht sind, wie zum Beispiel Pakistan.

Dass Staaten und nichtstaatliche Akteure in den Besitz von Nuklear- und Trägertechnologien kommen können, ist kein Geheimnis mehr, seit Nordkorea mithilfe des pakistanischen Nuklearwissenschaftlers A. Q. Kahn das Wissen zum Bau einer Atombombe erlangte. Je mehr schwache Staaten über Nukleartechnik oder Nuklearwaffen verfügen, desto schneller wächst die Gefahr der unkontrollierten Weiterverbreitung (Proliferation). Hinzu kommt, dass diese Staaten durch die rasante Entwicklung der Trägerraketen mit immer größeren Reichweiten zu einer globalen Bedrohung werden können.

Zusätzlich besteht die Gefahr, Terroristen könnten sogenannte schmutzige Bomben einsetzen. Dabei handelt es sich um konventionelle Sprengsätze, die mit radioaktiven Substanzen versetzt sind. Die unmittelbaren Folgen einer Explosion wären so schlimm wie die einer herkömmlichen Bombe. Doch könnten die freigesetzten Substanzen ein ganzes Stadtzentrum radiologisch verseuchen. Die psychologische Wirkung wäre verheerend.

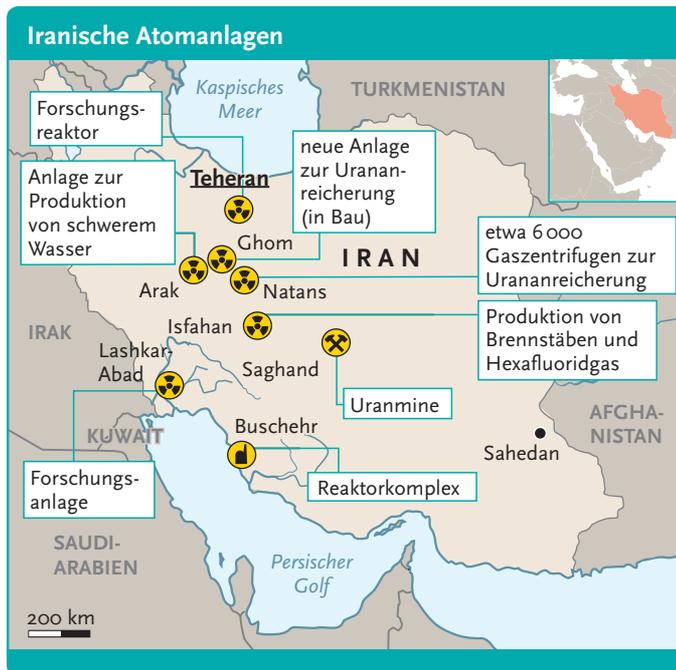
M 4 Spät kann zu spät sein – droht ein Krieg gegen Iran?

„Ob wir den Iran erfolgreich angreifen können?“ Der israelische Ex-General lacht leise: „Da können Sie sicher sein.“ US-Verteidigungsminister

5 Leon Panetta geht davon aus, dass Israel im Frühjahr 2012 einen Angriff auf die iranischen Atomanlagen startet. Das berichtet neben der „Washington Post“ auch der Nachrichten-
 10 sender CNN. Netanjahu wolle dadurch verhindern, „dass das Schicksal Israels von Amerika abhängt“. Doch auch in Washington drohen Obamas Minister mit Krieg, um
 15 das Land zu stoppen, das mutmaßlich auf dem Weg zur Atommacht ist. [...] Und jetzt noch das angekündigte Öl-Embargo der EU – ein Sanktionsbündel das selbst die Israelis beeindruckt:

20 Je nach Schätzung kaufen die Europäer 20 bis 30 Prozent des iranischen Öls. Darauf sollen die Iraner ab Juli sitzen bleiben. Der Westen glaubt, dass der Iran unter dem Deckmantel
 25 seines zivilen Atomprogramms intensiv den Bau von Atombomben vorbereitet. Andy Terrill, Dozent am War College, einer Washingtoner Kaderschmiede für die amerikanische Offi-
 30 zierselite sagt: „Natürlich ist der Iran ganz generell an ziviler Atomkraft interessiert“. „Das verbirgt aber nicht die Tatsache, dass die Führung dermaßen viel Geld investiert und alles
 35 so gut bewachen und verbergen lässt – teils weit unter der Erde – dass man nur von einem Waffenprogramm ausgehen kann.“ [...]

Die andere Möglichkeit: Die Welt findet sich mit der iranischen Bombe ab.



dpa-Grafik 13255

Viele Geheimdienstler glauben jetzt schon, dass „der Zug abgefahren ist“. Auch mit der Sowjetunion habe man sich schließlich arrangiert. Den Einsatz der Bombe könnte sich der Iran
 45 sowieso nicht leisten – der Gegen-schlag wäre tödlich. Doch die Macht-verhältnisse im Nahen Osten könnten sich dramatisch verschieben.

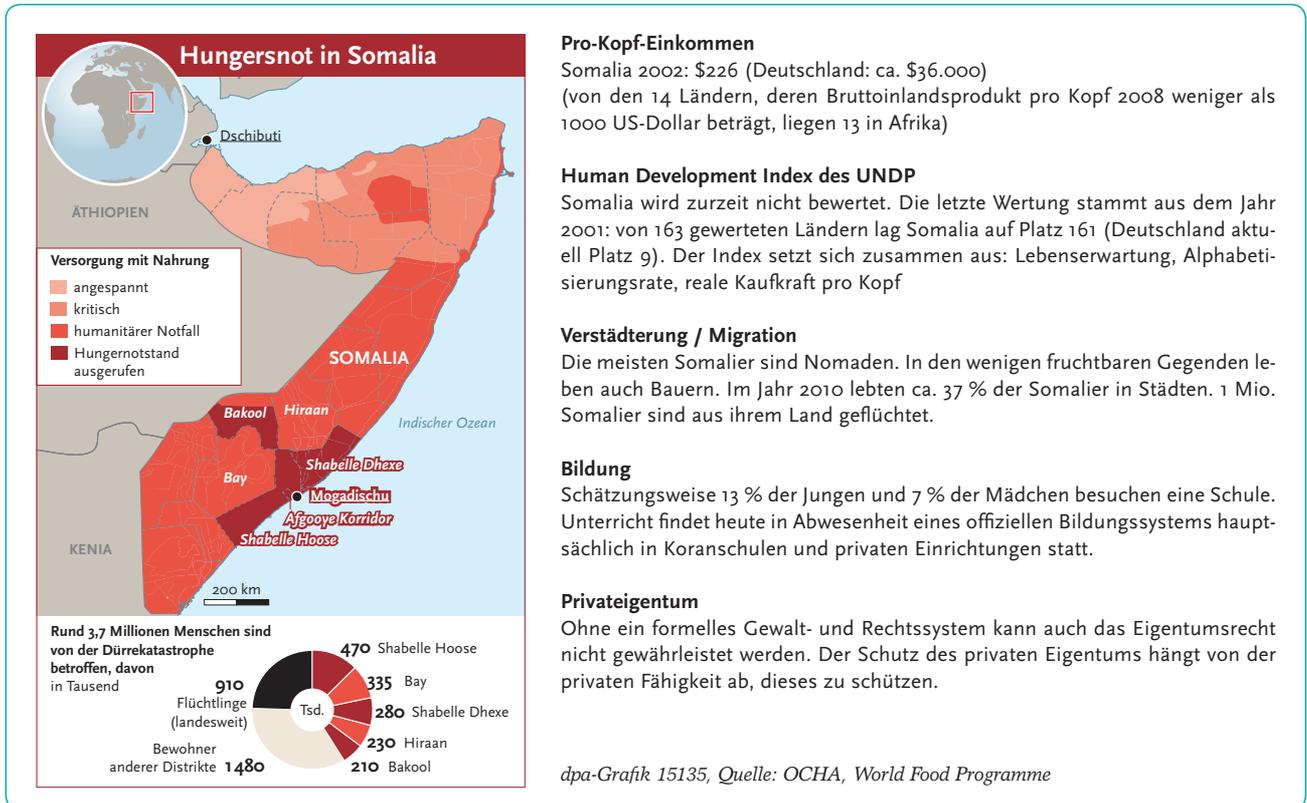
Christian Kreuzer, t-online, 3.2.2012

Aufgaben

1. Erläutere, worin die besonderen Bedrohungen von Massenvernichtungsmitteln heute zu sehen sind (M 3).
2. Arbeite die unterschiedlichen Lösungsansätze zum Atomstreit mit dem Iran heraus. Bildet dann Gruppen und stellt allgemein die Vorteile und Risiken der Lösungsansätze gegenüber (M 4).
3. Nimm abschließend Stellung, welchen Weg Israel und die westlichen Staaten gegenüber dem Iran wählen sollten.

Gescheiterte Staaten – das Beispiel Somalia

M 5 Informationen zu Somalia



Die Küste vor Somalia gilt aufgrund der Bedrohung durch Piraten als eines der gefährlichsten Gewässer der Welt. Besonders im Golf von Aden – zwischen dem Jemen und dem Norden Somalias –, der eine zentrale Schifffahrtsroute vor allem für Öllieferungen aus dem Nahen Osten bildet.

M 6 Hungersnot in Ostafrika: Selbst schuld? Von wegen!

Somalia, das ist doch der Piratenstaat, in dem die Regierung nicht einmal die eigene Hauptstadt Mogadischu kontrolliert. Ein Land, in dem islamistische Milizen den Ton angeben. Kein Wunder, dass sie dort hungern. Das ist nicht einmal völlig falsch. Aber es ist zu einfach. Diese Hungersnot ist mit großer Wahrscheinlichkeit nicht die Fortschreibung von etwas Altem, sondern der Beginn von etwas Neuem, der Anfang einer Globalisierung, die nicht durch Warenströme oder Nachrichten vermittelt wird – sondern durch Kohlendioxid in der Erdatmo-

sphäre. Es sind amerikanische Flugzeuge, deutsche Autos und chinesische Kraftwerke, die Dürre und Hunger am Horn von Afrika verursachen oder zumindest dazu beitragen. Dies ist auch unsere Katastrophe. [...] In der Katastrophe am Horn von Afrika (ist) das wiederzuerkennen, was Klimafor-

20

scher seit vielen Jahren vorhergesagt und immer häufiger auch beobachtet

25

haben: die Folgen eines zunehmend unregelmäßigen Monsuns, der die Lebensgrundlage der Menschen in trockenen Erdregionen zerstört.

Frank Drieschner, Die Zeit, 14.7.2011

M 7 Somalia – ein gescheiterter Staat

Im Zuge zunehmender Islamisierung der Somali-Region kam es schon im 16. Jahrhundert zu kriegerischen Handlungen gegen den nördlichen, christlichen Nachbarn Äthiopien, die bis heute andauern. Die Folgen dieser Kriege zwischen Somalia und seinen Nachbarländern Äthiopien und Kenia sind ungeklärte Grenzverläufe, die relativ große Zersplitterung der Bevölkerungsgruppe der Somali und der andauernde Kampf um die Vorherrschaft in der Region, welcher im somalischen Bürgerkrieg von 1991 seinen letzten, bis heute nachwirkenden Höhepunkt erfahren hat.

Seither ist es keiner Regierung gelungen, ihre Macht zu behaupten. Im Februar 2011 startete die mit internationaler Hilfe in Mogadischu etablierte Übergangsregierung eine Offensive gegen die islamistischen Milizen Al Shabaab und Hizbul Islam. Diese finanzierten sich u.a. über Steuern, die sie in der Hauptstadt von Händlern und Firmen erpressten. Dem Staat fehlte das Geld, seine Sicherheitskräfte zu entlohnen, woraufhin viele zu Hause blieben oder zu den Milizen überliefen. Darum sind Attentate und Gewalt nach wie vor Alltag in Mogadischu.

Gescheiterter Staat

Staat mit zusammengebrochener Staatlichkeit, d. h. staatliches Gewaltmonopol, staatliche Dienstleistungen und politische Ordnung sind nicht mehr oder nur teilweise vorhanden.

M 8 Von Fischen, Fischern und Piraten

„Früher waren wir ehrliche Fischer, aber seit Fremde unsere Meere leer fischen, müssen wir nach anderen Wegen suchen, um zu überleben“, sagt Abdullah Hassan, 39 Jahre alt. Er lebt in der sogenannten Welthauptstadt der Piraterie, dem ehemaligen Fischerdorf Eyl mit seinen 18.000 Einwohnern im halbautonomen Gebiet Puntland im früheren Somalia. Mit dem Zusammenbruch der staatlichen Autorität in Somalia wurde die fischreiche Küste vor Somalia interessant für asiatische und europäische Fischtrawler. Da keine staatlichen Behörden die ausländischen Fischerboote davon abhalten konnten, wurden selbst die küstennahen Gebiete illegal und mit besonders brutalen Methoden so überfischt, dass die Lebensgrundlagen der somalischen Fischer faktisch vernichtet wurden. Die ökologischen

Folgen der Überfischung sind ebenso katastrophal wie die wirtschaftlichen und sozialen. Die Piraterie hat sich deshalb zu einer alternativen Lebensgrundlage entwickelt, die finanziell einträglich ist und für viele Somalis einen Ausweg aus den ärmlichen Verhältnissen darstellt.

Piraterie

Die Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika bedroht wichtige internationale Schifffahrtsrouten sowie die Lieferung von Nahrungsmittelhilfe für Millionen Somalier. Rund tausend Piraten operieren von der Küste Somalias aus im Indischen Ozean und im Roten Meer. Sie kapern Schiffe und deren Besatzungen und erpressen Lösegeld für die Freigabe.

Aufgaben



1. Bearbeitet die Texte M 5 / M 6, M 7 und M 8 in Gruppen. Stellt jeweils dar, welche Ursachen und welche Folgen das im Text geschilderte Problem für den somalischen Staat und gegebenenfalls andere Staaten hat.
2. Bildet anschließend neue Gruppen, in denen jeweils mindestens ein Mitglied aus den alten Gruppen vertreten ist. Arbeitet nun gemeinsam eine Concept-Map aus, die die Zusammenhänge zwischen den von den einzelnen Gruppenmitgliedern eingebrachten Aspekten aufzeigt. Vergleicht eure Ergebnisse.
3. Wie könnte Somalia geholfen werden? Sammelt gemeinsam Vorschläge und bewertet sie mit Hilfe einer Punktabfrage.

→ Was wir wissen

Frieden – keine Selbstverständlichkeit

Frieden im engeren Sinne bedeutet die Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Im weiteren Sinne ist Frieden ein Zustand, in dem Menschen unter Anerkennung und Wahrung der Menschenrechte frei von Unterdrückung zusammenleben können und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Doch nicht überall leben die Menschen friedlich zusammen.

Terrorismus

M 1

Seit den verheerenden terroristischen Anschlägen in den USA am 11. September 2001 gilt der internationale Terrorismus als eine der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Terroristen wollen durch geplante Gewaltanwendung (auch und gerade gegen Zivilisten) Angst und Schrecken erzeugen, um so politische oder religiöse Ziele zu erreichen. Ein Beispiel für ein global agierendes terroristisches Netzwerk ist Al-Qaida. Der islamisch-fundamentalistische Terrorismus kann als Abwehrbewegung gegenüber der Ausbreitung westlicher demokratischer Werte und Lebensweisen verstanden werden.

Wandel des Kriegsbildes

M 2

Klassische Kriege sind eine Form des Konfliktaustrags zwischen Staaten, in denen die Konfliktparteien organisiert und systematisch, unter Einsatz der Armee und umfangreicher militärischer Mittel, Gewalt gegeneinander anwenden. Diese Kriege, die noch Anfang des vergangenen Jahrhunderts unvorstellbares Leid über die Menschheit brachten, sind heute jedoch die Ausnahme. Gewaltsame Konflikte werden heute dagegen häufig als „neue“ oder „asymmetrische“ Kriege bezeichnet. Die neuen Kriege tragen die Merkmale von Bürgerkriegen, denn meist kämpfen private Gruppen (Warlords, lokale Stammesfürsten, Guerillabewegungen oder Terrorgruppen) gegen andere Gruppen oder staatliche Einrichtungen.

Massenvernichtungswaffen

M 3, M 4

Eine große Gefahr geht außerdem von der Verbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen aus. Immer mehr Staaten streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an, um mehr Macht zu erlangen oder potenzielle Gegner abzuschrecken. Dadurch werden Rüstungswettläufe in einigen Regionen in Gang gesetzt und die Gefahr verstärkt, dass instabile Staaten oder Terrorgruppen in den Besitz solcher Waffen gelangen. Es ist dann nicht auszuschließen, dass diese Waffen auch eingesetzt werden.

Gescheiterte Staaten

M 5 – M 8

Gescheiterte Staaten, in denen es keine staatlichen Strukturen mehr gibt, können nicht für ihre innere und äußere Sicherheit sorgen. Sie müssen häufig eine Vielzahl von Problemen bewältigen, die sich gegenseitig verstärken. Ethnische Konflikte, Konflikte um Ressourcen, Umweltzerstörung, Armut und Vertreibung münden häufig in einen Teufelskreis der Gewalt, der zur Destabilisierung einer ganzen Region führen kann.

Bedrohungen des Friedens und der Teufelskreis der Konfliktursachen

Innerstaatliche und zwischenstaatliche Kriege werden aus dem Streben ethnischer oder religiöser Gruppen nach mehr politischer Unabhängigkeit oder sogar Eigenstaatlichkeit geführt. Für ohnehin wirtschaftlich und politisch angeschlagene Staaten besteht die Gefahr des Staatszerfalls.

Die weltweite Verknappung wirtschaftlicher Ressourcen wie Rohöl oder gar der lebensnotwendigen Ressource Wasser birgt für die Zukunft das Risiko zwischenstaatlicher oder innerstaatlicher Ressourcenkonflikte.

Hunger und Elend als Folge von Naturkatastrophen, die nicht zuletzt durch den Klimawandel hervorgerufen werden, haben gewaltsame Verteilungskämpfe zur Folge. Hohes Bevölkerungswachstum und nicht-demokratische staatliche Strukturen verschärfen die Situation in den betroffenen Ländern.

Migrationswellen bringen häufig auch die Nachbarstaaten in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Instabilitäten eines Landes breiten sich so auf ganze Regionen aus.

Das technische Wissen und die Bestandteile, die benötigt werden, um Massenvernichtungswaffen zu bauen, sind heute auf einem globalen schwarzen Markt insbesondere in schwachen Staaten zu erwerben.

Internationale Bandenkriminalität und politisch oder anderweitig motivierter internationaler Terrorismus können die innere Sicherheit von Staaten erheblich gefährden.

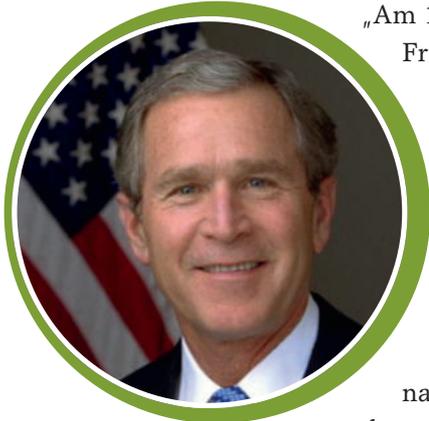
Aufgaben

1. Erstellt eine Skizze, die die Bedrohungen des Friedens und die Vernetzung der Konfliktursachen (Teufelskreis) im 21. Jahrhundert verdeutlicht (Einzelarbeit).
2. Bildet anschließend Gruppen und einigt euch auf einen Aspekt eurer Skizzen. Erstellt dann ein Plakat, das aufzeigt, welche Handlungsmöglichkeiten es gibt, um das dargestellte Problem zu lösen.

1.2 Dem Terrorismus begegnen? Das Beispiel Afghanistan

Kampf gegen den Terrorismus – wie reagieren die USA?

M 1 George W. Bush: „Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der al-Qaida“



Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stimmt der amerikanische Präsident George W. Bush (2001 – 2009) am 20. September 2001 in einer Rede vor dem Kongress in Washington das amerikanische Volk und die Welt auf einen langen Kampf gegen den Terrorismus ein.

„Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegsartige Handlung gegen unser Land begangen. [...] Die von uns gesammelten Beweise weisen alle auf eine Reihe lose verbundener Terroristenorganisationen hin, die als Al-Qaida bekannt sind. [...] Diese Gruppe und ihr Anführer – eine Person namens Osama bin Laden – werden mit vielen anderen Organisationen in verschiedenen Ländern in Verbindung gebracht [...] Es gibt Tausende dieser Terroristen in mehr als 60 Ländern. Sie werden in ihren eigenen Ländern und Nachbarschaften rekrutiert und in Lager wie beispielsweise in Afghanistan gebracht, wo sie in der Taktik des Terrors ausgebildet werden. [...] Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der al-Qaida, aber er wird dort nicht enden. [...] Die Amerikaner fragen: Wie werden wir diesen Krieg führen und gewinnen? Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen – alle Mittel der Diplomatie, alle nachrichtendienstlichen Mittel, alle polizeilichen Instrumente, alle Möglichkeiten der finanziellen Einflussnahme und alle erforderlichen Waffen des Krieges, um das Netzwerk des weltweiten Terrors zu zerschlagen und zu besiegen. [...] Dies ist nicht nur ein Kampf Amerikas. Und es geht hier nicht nur um die Freiheit Amerikas. [...] Es ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben.“

Amerikanische Botschaft (Berlin), amerika dienst (USINFO-B-DE), 21.9.2001

M 2 Die Antwort der USA: Operation Enduring Freedom

Die Operation Enduring Freedom (OEF, englisch für „Operation andauernde Freiheit“) ist die erste und bisher einzige militärische Großoperation im Rahmen des von den Vereinigten Staaten ausgerufenen Krieges gegen den Terrorismus. Sie begann am 7. Oktober 2001 mit dem Krieg gegen die Taliban in Afghanistan. Militärischer Hauptakteur der Operation Enduring Freedom sind die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, jedoch nehmen viele Streitkräfte von Verbündeten der USA an ihr teil. Die erste Kriegsphase endete mit dem Fall der Hauptstadt Kabul und der Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz im November und Dezem-

ber 2001. Die Operation Enduring Freedom wird außer in Afghanistan in drei weiteren Regionen durchgeführt: am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika innerhalb und südlich der Sahara. Deutschland beteiligte sich militärisch mit Einheiten der Marine an dem Einsatz im Indischen Ozean. Die Beteiligung der Bundeswehr mit Spezialkräften an Teiloperationen in Afghanistan

wurde beendet. Als Rechtsgrundlage wird von den USA die Resolution 1368 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 12. September 2001 in Anspruch genommen. Diese Resolution verurteilte die Ereignisse vom 11. September 2001 als Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit und bekräftigte das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung.

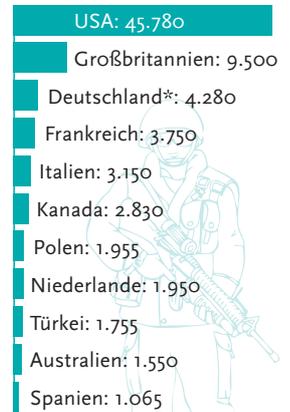
M 3 ISAF – Stabilisierung und Wiederaufbau in Afghanistan

Erst Ende 2001 konnten die Kräfte der sogenannten „Nordallianz“, unterstützt von den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien im Rahmen der Operation Enduring Freedom, das Taliban-Regime in Kabul stürzen. Die größten ethnischen Gruppen in Afghanistan einigten sich im Dezember 2001 während einer Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn auf eine Übergangsregelung bis zum Aufbau dauerhafter stabiler Regierungsinstitutionen in Afghanistan. Das Petersberger Abkommen wurde Grundlage für die Resolution 1623 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der noch im Dezember 2001 die Aufstellung der International Security Assistance Force (ISAF) beschloss. Diese Mission steht unter Führung der NATO und auch die Bundeswehr beteiligt sich seit 2002 an diesem Einsatz. Ziel der ISAF ist die Unterstützung der afghanischen Regierung sowie die Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit in Afghanistan. Außerdem soll der Wiederaufbau des Landes und funktionierender demokratischer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen (z.B. Polizei, Gerichte) begleitet wer-

den. Die Resolution des Sicherheitsrates erlaubt dabei „friedens erzwingende Maßnahmen“, also Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in Konfliktgebieten unter Anwendung militärischer Mittel. Ca. 90.000 Soldaten aus zahlreichen Ländern beteiligen sich an der Mission. Nach anfänglichen Erfolgen beim Wiederaufbau und der Befriedung zumindest von Teilen des Landes hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan bis zum Jahr 2010 wieder deutlich verschlechtert, sodass immer mehr Beobachter von einem Krieg in Afghanistan sprechen, an dem auch deutsche Soldaten beteiligt sind.

Soldaten am Hindukusch

84.150 Soldaten sind als Teil der internationalen Schutztruppe ISAF in Afghanistan im Einsatz. Darunter aus:



Weitere Soldaten gehören der „Operation Enduring Freedom“ an:

* derzeitige Kontingentobergrenze: 5.350; Stand: Dez. 2010

Quelle: ISAF, dpa-Grafik 12040

Aufgaben

1. Die Operation Enduring Freedom war eine unmittelbare Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001. Arbeite aus M 1 heraus, wie der amerikanische Präsident George W. Bush den Kampf gegen den Terrorismus begründet und mit welchen Mitteln er geführt werden soll.
2. Nenne die unterschiedlichen Ziele der Missionen „Enduring Freedom“ und „ISAF“ (M 2, M 3).
3. Bildet Gruppen und erstellt zusammen ein Porträt über Afghanistan. Mögliche Aspekte: Geschichte, Bevölkerung, Wirtschaft, Geografie und Politik.

Die Bundeswehr am Hindukusch – Sicherheit für Deutschland?

M 4 Momentaufnahme aus Afghanistan



M 5 Gefangen im Grauen der Nacht

Am 4. September forderte die Bundeswehr amerikanische Flugzeuge auf, einen festgefahrenen Tanklastler nahe Kunduz zu bombardieren. Dabei starben 100 afghanische Zivilisten, zahlreiche andere wurden teils schwer verletzt. Der Bauer Nur Jan war einer der Verwundeten.

Er wäre lieber tot, sagt Nur Jan, 28. Besser gar nicht mehr, als so weiterleben zu müssen. Der Mann mit den eingefallenen Wangen sieht an sich herab. Von seinem rechten Arm ist unterhalb des Ellenbogens nur ein Stummel übrig, er kann ihn kaum bewegen. Nur Jan wäre fast gestorben. Am 4. September, gut anderthalb Stunden nach Mitternacht. Mit einem Plastikkanister in der Hand rannte der Bauer aus dem Dorf Omar Khel zum Kunduz-Fluss.

Nachbarn hatten Nur Jan aus dem Haus gerufen, kurz nach dem traditionellen Mitternachtsessen im Fastenmonat Ramadan. Auf einer Sandbank hatten sich in Kies und Schlamm zwei

Tanklastler festgefahren. Um die hundert Menschen waren schon dort, teilweise waren sie eine Stunde zum Fluss gelaufen. Sie füllten sich Benzin ab. Als Nur Jan ankam, fielen die Bomben.

Der Bauer Nur Jan ist eines der Opfer des Bombardements. Auch wenn er den Angriff überlebt hat, werden ihn die Erlebnisse jener Septembernacht wohl immer verfolgen. [...]

Noch hofft Nur Jan zwar, dass die Bundeswehr ihn nach Deutschland fliegt und die Schulter wenigstens richten lässt. Falls das nicht passiert, dann will Nur Jan nicht weiterleben. „Dann will ich lieber als Selbstmordattentäter sterben.“

Matthias Gebauer, *Der Spiegel*, 3.9.2010

M 6 Der Alltag der Soldaten

Seit 2002 sind mehr als 50 Bundeswehrsoldaten im Einsatz in Afghanistan ums Leben gekommen. Das Wiedererstarken der Taliban auch im Norden des Landes verhindert den weiteren Wiederaufbau des Landes. Ein Soldat berichtet von seinem Einsatz:

Als ich im März nach Kunduz kam, habe ich mir geschworen, alle meine Männer wieder nach Hause zu bringen. Das Versprechen konnte ich nicht halten. Am Karfreitag gerieten wir in Isa Khel, das ist ein kleines Dorf in der Taliban-Hochburg Chahar Darreh, in einen Hinterhalt. Es ging alles sehr schnell. Innerhalb von Sekunden wurden wir von mehreren Seiten angegriffen, drei meiner Kameraden fielen, es war der schwerste Tag meines Lebens. [...] Der Gegner nutzt unsere Schwäche, dass wir gut sichtbar sind, gnadenlos aus. Am Anfang wollten wir noch etwas erreichen, dem Gegner vielleicht ein Stück des Raumes wegnehmen. Doch nach dem Tod meiner Männer fragen wir uns manchmal, ob es das noch wert ist. Warum unser Leben riskieren, wenn die Taliban doch gleich wiederkommen, sobald wir weg sind? Wir kämpfen um unser Leben und um unseren Auftrag, wenn es den überhaupt noch gibt. Am Ende kämpfen wir hier in Kunduz vor allem ums eigene Überleben. Dafür, dass nicht weitere meiner Männer sterben, dass ich wenigstens den Rest meiner Truppe nach Hause bringen kann. Wir haben gelernt zu töten und tun dies auch. Wer auf uns schießt, den erschießen wir. Doch so einfach ist es oft nicht. Jeder von uns kennt den Auftrag, wir sollen die Zivilbevölkerung so gut wie es geht schützen, schließlich kämpfen wir ja für sie. Doch wie macht man das, wenn man beschossen wird? Wie soll ich meinen Männern erklären, dass sie mit dem Schießen warten sollen, bis wir in Lebensgefahr sind?

Fallschirmjägerbataillon 373, Der Spiegel, 19.4.2010

M 7 Der Auftrag der Bundeswehr

Wie die Bundeswehr eingesetzt werden darf, ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgehalten. Es besagt, dass die Bundeswehr in erster Linie zur Verteidigung des Landes eingesetzt werden soll, sich aber auch an bewaffneten Auslandseinsätzen beteiligen darf. Als Voraussetzung für den Einsatz im Ausland gilt ein Beschluss eines „Systems gegenseitiger Sicherheit“ (UNO) oder eines Verteidigungsbündnisses (NATO, EU) und die Zustimmung des Bundestags. Im Innern darf die Bundeswehr nur zur Amtshilfe bei Naturkatastrophen eingesetzt werden oder wenn der Bestand der Bundesrepublik Deutschland z. B. durch Aufständische gefährdet wird und die Polizei die Lage nicht mehr kontrollieren kann.

Das Bundesverteidigungsministerium hat die allgemeinen Aufgaben der Bundeswehr so beschrieben:

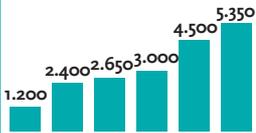


Anfang 2012 wurde die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft. Stelle Ursachen und mögliche Auswirkungen in einem Kurzvortrag dar.

Die Bundeswehr in Afghanistan

Bundeswehr-Kontingent Zahl der Soldaten

2001 2002 2003 2005 2008 2010



Chronologie

22.12.2001 Zustimmung des Bundestags zum ISAF-Einsatz

20.12.2002 Verdoppelung des Kontingents und Einsatzverlängerung

27.08.2003 Aufstockung um 250 zusätzliche Soldaten

28.09.2005 Einsatzausweitung auch auf andere Gebiete neben Kabul und dem Norden

16.10.2008 Weitere Truppenaufstockung und Einsatzverlängerung

04.09.2009 Bundeswehr ordnet Luftangriff auf Tanklastzüge an

12.10.2009 Trauerfeier für den 36. getöteten deutschen Soldaten

09.02.2010 Bundeskabinett beschließt Kontingenterweiterung um 850 Soldaten auf 5.350

26.01.2012 Der Bundestag beschließt, die Truppenstärke der Bundeswehr schrittweise zu reduzieren. Ein endgültiger Abzug aus Afghanistan ist bis 2014 vorgesehen.

dpa-Grafik: 12113

- 25 • die außenpolitische Handlungsfähigkeit zu sichern,
 - einen Beitrag zur Stabilität im europäischen und globalen Rahmen zu leisten,
 - 30 • die nationale Sicherheit und Verteidigung zu gewährleisten,
 - zur Verteidigung der Verbündeten beizutragen und
 - die multinationale Zusammenarbeit und Integration zu fördern.
 - 35 Als konkrete Aufgaben bedeutet dies für die Bundeswehr:
- Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, 40
 - Unterstützung von Bündnispartnern,
 - Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger, 45
 - Rettung und Evakuierung,
 - Partnerschaft und Kooperation,
 - Hilfeleistungen (Amtshilfe, Naturkatastrophen, besonders schwere Unglücksfälle). 50

M 8 Erfolge der Entwicklungs- und Aufbauarbeit in Afghanistan

Entwicklungspolitisch sind in Afghanistan aus Sicht der Bundesregierung große Erfolge erzielt worden. Einige Beispiele:

Bildung:

Fast sieben Millionen Mädchen und Jungen wurden eingeschult. Mehr als 100.000 Lehrer wurden eingestellt – viele befinden sich noch in der Ausbildung. 200.000 Schüler lernen in neu gebauten Schulen. Die Provinzen Nordafghanistans – dem Schwerpunktgebiet der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – weisen die höchsten Einschulungsraten im Land auf.

Gesundheit:

Die Kindersterblichkeit ist deutlich gesunken. Jedes Jahr überleben zusätzlich 100.000 Kinder mehr.

Trinkwasserversorgung:

900.000 Menschen wurde – zum Teil zum ersten Mal überhaupt – Zugang zu Strom und sicherem Trinkwasser ermöglicht.

Wirtschaft:

Afghanistan beeindruckt durch zweistellige Raten wirtschaftlichen Wachstums; der grenzüberschreitende Handel nimmt kontinuierlich zu. 60.000 Mikrokredite wurden mit Förderung durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an kleine und mittlere Unternehmen vergeben. 25

Verkehrsinfrastruktur:

Insbesondere im ländlichen Raum haben 1,3 Millionen Menschen durch den Bau von Infrastruktur Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden.

Einer aktuellen Umfrage zufolge glauben 70 Prozent der Afghanen, dass sich ihr Land in die richtige Richtung bewegt. 40

http://www.bmz.de/de/presse/pm/2010/januar/pm_20100128_15.html (10.10.2010)

M 9 Kontrovers diskutiert: Soll die Bundeswehr in Afghanistan bleiben?

Pro: Dem Land beim Wiederaufbau helfen

Und es ist ja auch richtig – nach acht Jahren fällt die Bilanz äußerst mager aus: Korruption durchzieht das Land wie eh und je. Die radikalen Islamisten bedrohen Afghanen wie Alliierte, kriminelle Machenschaften ziehen sich bis hinauf in die oberen Regierungsämter. Und die Demokratie funktioniert, zumindest nach westlichem Verständnis, mehr schlecht als recht. Doch rechtfertigen diese Umstände einen schnellen Rückzug vom Hindukusch? – frei nach dem Motto: Wir haben es probiert, aber es hat nicht funktioniert. Die Antwort muss

Nein lauten, denn Aufgeben wäre feige und verantwortungslos. Die Alliierten haben ihren Einmarsch 2001 auf zwei Versprechen gegründet. Eines war an sich selbst gerichtet: das Taliban-Regime zu verjagen und damit dem Terror, der mit deren Hilfe möglich wurde, den Boden zu entziehen. Das andere ging an die internationale Gemeinschaft, vor allem aber an Afghanistan: dem Land beim Wiederaufbau zu helfen, um ihm eine Perspektive jenseits von Armut und Gotteskriegeren zu ermöglichen.

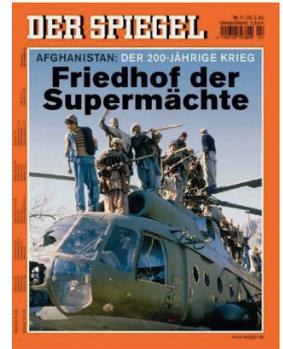
Nils Kruse, Stern, 22.9.2009

Kontra: Mehr als genug tote Soldaten

Trotz ihres ehrlichen Engagements ist es der Bundeswehr weder gelungen, die Brutstätten des Terrors zu vernichten, noch schafften es die Soldaten, das Land mit Waffengewalt zu befrieden. Im Gegenteil: Experten schätzen die Zahl der Terror-Camps allein im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auf bis zu 1500. Dutzende Provinzen sind für ausländische Truppen zu „no go-areas“ geworden, in denen die Taliban völlig ungehindert herrschen. Und mehr als 60 Prozent der Afghanen lehnten den Einsatz der ausländischen Truppen in ihrem Land ab. Die Ablehnung hat sich in den vergangenen zwei Jahren sogar noch verstärkt. Warum also sollten deutsche Soldaten in Afghanistan bleiben? Um wirtschaftliche Strukturen zu fördern, von denen bislang hauptsächlich die radikal-islamisti-

schen Warlords oder irgendwelche kriminellen Provinzfürsten profitieren? Um die politische Macht eines eitlen und korrupten Präsidenten zu erhalten, der frei ist von jeglicher demokratischer Zukunftsvision und eigener Handlungsfähigkeit? Oder um sich für die sinnlose „Wir ziehen das jetzt durch“-Strategie mancher Bundespolitiker von den Taliban bei immer neuen Anschlägen abknallen zu lassen? 35 tote Soldaten, die der Afghanistan-Einsatz bislang forderte, sollten mehr als genug sein.

Manuela Pfohl, Stern, 22.9.2009



Nach vielen Jahren Krieg in Afghanistan werden die Zweifel am Erfolg größer.



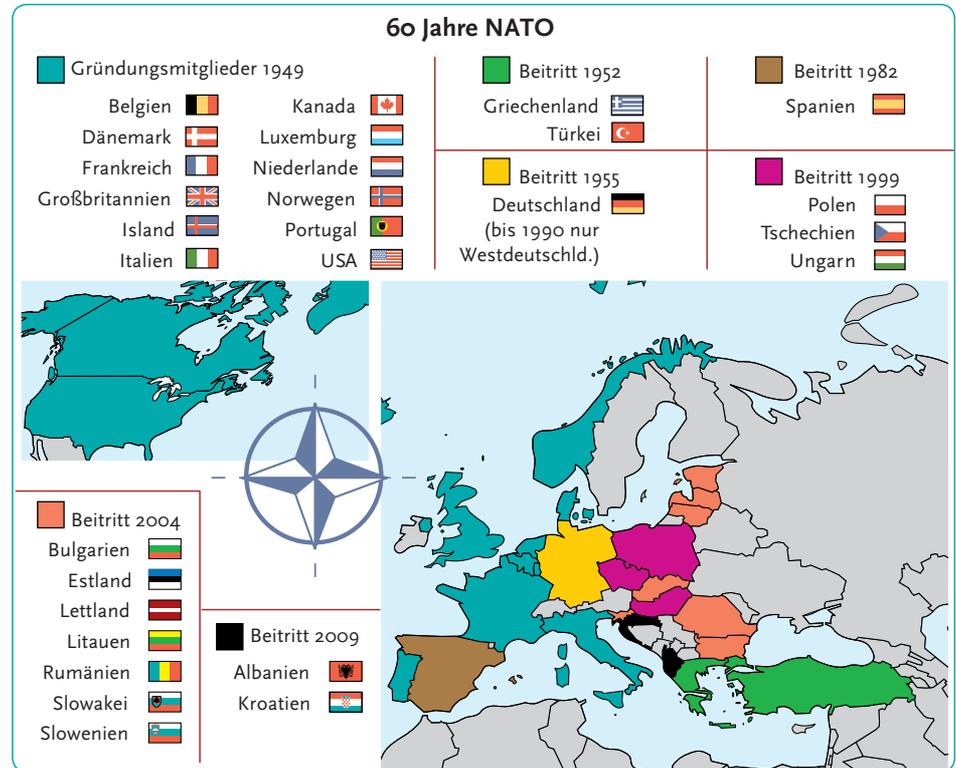
Beschreibe die aktuelle Sicherheitslage in Afghanistan.

Aufgaben

1. Eine afghanische Schulklasse befragt dich, warum die Bundeswehr in ihrem Land ist. Entwirf einen Kurzvortrag, in dem du diese Frage beantwortest (M 4 – M 8).
2. Führt eine Diskussion (Podiumsdiskussion, amerikanische Debatte) zur Frage, ob die Bundeswehr in Afghanistan bleiben oder abziehen sollte (M 9).

Die NATO – ein Verteidigungsbündnis mit Zukunft?

M 10 Die NATO-Staaten



Globus Grafik 2727

M 11 Aus dem NATO-Vertrag

Beistandsklausel: Art. 5

Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder

den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

A. Randelzhofer (Hg.), *Völkerrechtliche Verträge*, Berlin 2007

M 12 Die Entstehung der NATO

Am 4. April 1949 unterzeichneten in Washington zehn westeuropäische Staaten sowie die USA und Kanada den Nordatlantikvertrag und gründeten damit die NATO (North Atlantic Treaty Organization). Der Kalte Krieg zwischen den von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Staaten Osteuropas und dem nichtkommunistischen Westen war bereits voll entbrannt. Sieben weitere Staaten, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, traten in den Folgejahren dem Bündnis bei.

Zu Zeiten des Kalten Krieges galt die NATO bei den Staaten des Warschauer Pakts, die bereits wenige Jahre

nach seinem Ende ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundeten, als aggressives Bündnis. Ziemlich genau 40 Jahre lang war es die Hauptaufgabe der NATO, einen potenziellen Gegner durch die eigene militärische Stärke abzuschrecken. Etwaige Angriffsabsichten sollten angesichts der Vergeltungsmöglichkeiten der Nordatlantischen Allianz von vornherein entmutigt werden. Als Voraussetzung für einen Erfolg dieser Politik galt, dass die Mitglieder der NATO weit aus höher gerüstet waren, als das etwa heute der Fall ist.

Informationen zur politischen Bildung Nr. 274, Internationale Beziehungen II, Bonn 1/2002, S. 18 ff.

M 13 Die NATO – ein Bündnis im Wandel

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes sah sich die NATO einem völlig neuen internationalen Umfeld gegenüber, das das Selbstverständnis und die strategische Ausrichtung des Verteidigungsbündnisses grundsätzlich in Frage stellte. Drei Entwicklungen waren für den Wandel und den Fortbestand der NATO prägend:

Mit dem Ende des Kalten Krieges stellte sich die Frage, wie die NATO mit ehemaligen, nun unabhängigen Staaten des Warschauer Paktes umgehen sollte. Diese strebten nun eine Mitgliedschaft in der NATO an, um Sicherheit vor dem aus ihrer Sicht (über)mächtigen Russland zu erhalten. Die NATO vergrößerte ihr Bündnisgebiet nach und nach immer weiter nach Osten und versuchte

gleichzeitig, das Verhältnis zu Russland nicht zu stark zu belasten. Gleichzeitig brach vor den Toren Westeuropas ein Krieg im ehemaligen Jugoslawien (1991 – 1999) aus. Die NATO entschloss sich erstmals zum Eingreifen auch außerhalb ihres eigenen Bündnisgebietes. Von den Vereinten Nationen wurde das Eingreifen legitimiert. So erfolgte der erste Kampfeinsatz in der Geschichte der NATO im August 1995 in Bosnien-Herzegowina.

Schon einige Jahre später stellte sich eine neue Herausforderung: Wie sollte die NATO den Völkermord im Kosovo verhindern, wenn kein Mandat der Vereinten Nationen – Russland hatte in diesem Fall ein Veto im UN-Sicherheitsrat eingelegt – die NATO zum Eingreifen ermächtigte? Angesichts der sich abzeichnenden huma-

Kalter Krieg

So wird der Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der USA und dem Ostblock unter Führung der Sowjetunion bezeichnet, den diese von 1945 bis in die 1980er Jahre mit allen Mitteln unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges austrugen.

Warschauer Pakt

Militärbündnis der damaligen „Ostblock“-Staaten unter Führung der Sowjetunion (14.5.1955 – 1.7.1991)

| Bundeswehrbeteiligung an NATO-Missionen | |
|--|---|
| 30.06.1995 – 19.06.1996 | Ex-Jugoslawien SHARP GUARD (WEU/NATO-Operation) |
| 20.12.1996 – 19.06.1998 | Bosnien-Herzegowina JOINT GUARD/ SFOR |
| 24.03.1999 – 10.06.1999 | Ex-Jugoslawien ALLIED FORCE |
| 13.04.1999 – 10.06.1999 | Albanien und Mazedonien ALLIED HARBOUR |
| 10.06.1999 – heute | Kosovo JOINT GUARDIAN/ KFOR |
| 12.06.1999 – 24.08.1999 | Adria ALLIED HARVEST |
| 27.09.2001 – 15.12.2002 | Mazedonien AMBER FOX |
| 12.10.2001 – 16.05.2002 | Nordamerika EAGLE ASSIST (AWACS) |
| 26.10.2001 – heute | Mittelmeer ACTIVE ENDEAVOUR |
| 01.01.2002 – heute | Afghanistan ISAF |
| 16.12.2002 – 31.03.2003 (Übergabe an EU) | Mazedonien ALLIED HARMONY |

Bundesministerium der
Verteidigung (www.bmvg.de)

nitären Katastrophe entschloss sich das Bündnis 1999, nunmehr auch ohne Mandat der Vereinten Nationen, Mord und Vertreibungen mit militärischen Mitteln zu verhindern. Spätestens nach dem Eingreifen im Kosovo zeigte sich, dass die NATO neben der Verteidigung des Bündnisgebietes ihre Aufgabe nun darin sah, in ganz Europa für Sicherheit und Stabilität zu sorgen, in Ausnahme-

fällen auch dann, wenn kein Mandat der Vereinten Nationen den Einsatz legitimierte. Die Anschläge vom 11. September 2001 auf die USA ließen auch diese Strategie als veraltet erscheinen. Zum ersten Mal in der Geschichte der NATO wurde der Bündnisfall festgestellt und die NATO engagiert sich seitdem auch im fernen Afghanistan. Insgesamt hat sich die NATO damit zu einer globalen Sicherheitsorganisation gewandelt, die ihre Ziele folgendermaßen definiert: „Der wesentliche und fortdauernde Zweck der NATO [...] besteht darin, die Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu erreichen [...]. Die Verwirklichung dieses Ziels kann durch Krisen und Konflikte, die die Sicherheit des euro-atlantischen Raums berühren, gefährdet werden.“ (Strategisches Konzept von 1999)

M 14 Die neue NATO-Strategie

Die NATO-Staaten haben in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon im November 2010 eine neue Bündnisstrategie für das kommende Jahrzehnt beschlossen. Zentrale Punkte der neuen Strategie sind:

Neuartige Bedrohungen:

Die NATO reagiert mit der neuen Strategie auf „neuartige Bedrohungen“ wie Angriffe von Terroristen, von Hackern aus dem Internet (sogenannte Cyber-Attacken) oder Mittelstreckenraketen.

Kollektive Verteidigung:

Grundprinzip bleibt die „kollektive Verteidigung“ nach Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrags von 1949. Ein bewaffneter Angriff auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten ist danach ein Angriff auf alle. Diesen Bündnis-

fall hat die NATO nur einmal nach den Terrorangriffen auf die USA vom 11. September 2001 ausgerufen.

Ziel der atomaren Abrüstung:

Auf deutsches Drängen verankerte die NATO erstmals das Ziel der atomaren Abrüstung in ihrer Strategie. Dazu heißt es: „Wir sind entschlossen, eine sicherere Welt für alle anzustreben und die Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen.“

Festhalten am Prinzip der Abschreckung:

Atomkräfte wie Frankreich und die

USA setzten durch, dass das Prinzip der Abschreckung ein zentrales Element der Strategie bleibt: „Solange Atomwaffen existieren, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben“, heißt es in dem Text.

35 **Neue Raketenabwehr:**

Ein neuer NATO-Raketenschirm soll weite Teile Europas schützen. Dazu heißt es: „Wir entwickeln unsere Fähigkeit, unsere Bevölkerung und unserer Territorium gegen einen Angriff mit ballistischen Raketen zu schützen.“ Der Iran wird auf Druck der Türkei nicht ausdrücklich als Bedrohung genannt.

45 **Annäherung an Russland:**

Die Allianz betont, die NATO stelle „keinerlei Bedrohung für Russland dar“. Dies hatte Moskau angesichts

der Osterweiterung des Bündnisses so empfunden. Kooperieren will das Bündnis beim Raketenschirm: „Wir suchen aktiv eine Zusammenarbeit mit Russland und anderen euro-atlantischen Partnern im Bereich der Raketenabwehr“, heißt es in dem Text.

Krisenbewältigung:

Bei internationalen Krisen will die Allianz auch künftig eine Rolle spielen, allerdings will sie die Lehren aus dem blutigen Einsatz in Afghanistan ziehen. „Die NATO wird sich engagieren, wenn es möglich und nötig ist, um eine Krise zu verhindern oder zu bewältigen“, heißt es in dem Text, ohne den bisher größten NATO-Einsatz ausdrücklich zu nennen.

AFP, www.n-tv.de/politik/dossier/Die-neue-Nato-Strategie-article1972961.html (30.10.2010)

M 15 Die NATO in der Kritik

Die NATO ist den modernen Herausforderungen nicht gewachsen. Im Kern ist die Allianz auf die Verteidigung des Bündnisgebietes angelegt – was ihr fehlt, ist eine Möglichkeit, in die Welt hinaus zu wirken, wenn die NATO-Länder ihre Sicherheit auch durch weit entfernte Vorgänge gefährdet sehen. Dass diese Anpassung trotz einiger Versuche noch nicht gelungen ist, hat einen einfachen Grund. Sobald es daran geht, konkrete Antworten auf die Herausforderungen zu formulieren, brechen Gegensätze in der Allianz auf. Die Frage etwa, wie der Kampf gegen den Terror zu führen ist, spaltet die NATO immer noch, auch wenn die Kluft seit der Wahl Barack Obamas zum amerikanischen Präsidenten geringer geworden ist. Ein anderes Beispiel ist

das Verhältnis zu Russland. Während die USA und die westeuropäischen Staaten in Moskau einen Partner sehen, dringen die osteuropäischen NATO-Länder, allen voran die baltischen, auf eine gegen Russland gerichtete Verteidigungsplanung. Wie dies alles auf einen Nenner gebracht werden kann, weiß derzeit niemand.

Martin Winter, Süddeutsche Zeitung, 1.8.2009

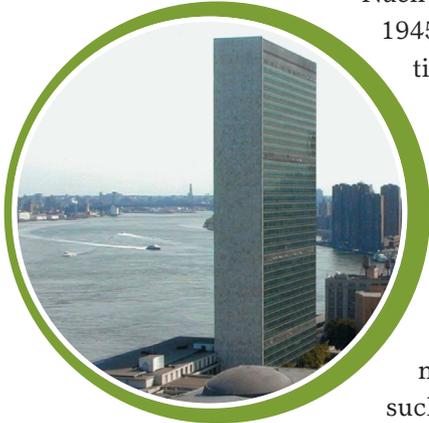
Aufgaben



1. Erkläre die Funktionsweise der NATO als Verteidigungsbündnis (M 11).
2. Beschreibe, wie und warum sich die NATO im Lauf der Geschichte verändert hat (M 10 – M 14).
3. Kläre mithilfe von M 15, mit welchen Problemen die NATO derzeit konfrontiert ist.
4. Sollte man die NATO abschaffen? Diskutiert diese Forderung von NATO-Kritikern.

Die Vereinten Nationen – Garant für den Weltfrieden?

M 16 Was sind die Vereinten Nationen?



Das UN-Hauptquartier in New York.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1945 die „United Nations Organization“ (auf Deutsch „Vereinte Nationen“, abgekürzt UNO oder VN) mit Sitz in New York gegründet. Man wollte verhindern, dass sich solche Weltkriege wiederholen. Heute sind fast alle Staaten der Erde in der UNO. Wenn es Probleme zwischen Staaten gibt, versucht die UNO zu vermitteln und damit einen Krieg zu verhindern. Die Ziele der UNO sind: die Erhaltung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder sowie der Schutz der Menschenrechte.

Der Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung, wenn es darum geht, dass Streitigkeiten zwischen Ländern beigelegt werden sollen. Im Sicherheitsrat sind immer die USA, Russland, China, Frankreich und England vertreten. Sie sind ständige Mitglieder. Andere Länder gehören nur zeitweise zum Sicherheitsrat. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates können ein Veto gegen Resolutionen einlegen, die von der Mehrheit der Mitgliedstaaten gefasst wurden. Damit wird dann dieser Beschluss aufgehoben.

aus: Gerd Schneider/Christine Toyka-Seid, Politik-Lexikon für Kinder, Bonn 2006, S. 281

M 17 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

UN-Charta

Die Charta der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1945 (Kapitel I, Artikel 2) verbietet Gewalt. Es gelten nur zwei Ausnahmen: das Recht zur Selbstverteidigung im Fall eines bewaffneten Angriffs und der Einsatz von Waffengewalt, der vom UN-Sicherheitsrat durch eine sogenannte Resolution legitimiert wird. Eine UN-Resolution kommt jedoch nur zu Stande, wenn die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) zustimmen.



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbilder 615124

M 18 Mögliche Maßnahmen der UNO

→ Friedensschaffende Maßnahmen

Diplomatische Maßnahmen zur friedlichen Lösung eines Konflikts. Neben der Bereitstellung guter Dienste, Vermittlung und Schlichtung können sie auch diplomatische Isolationsmaßnahmen und Sanktionen umfassen.

→ Friedenserzwingende Maßnahmen

Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in Konfliktgebieten unter Einsatz militärischer Mittel. Die Zustimmung der Konfliktparteien ist nicht erforderlich.

→ Friedenserhaltende Maßnahmen

Aktivitäten zur Eindämmung, Entschärfung und/oder Beendigung von Feindseligkeiten zwischen Staaten oder in Staaten durch Intervention einer

neutralen dritten Partei unter internationaler Organisation und Leitung. Militärische Streitkräfte und zivile Organisationen können die politische Streitbeilegung ergänzen und für die Wiederherstellung und Wahrung des Friedens sorgen. Friedenserhaltende Maßnahmen beinhalten die Stationierung einer Friedenstruppe im Krisengebiet. Die Zustimmung der Konfliktparteien ist erforderlich.

→ Friedenskonsolidierende Maßnahmen

Maßnahmen zur Bestimmung und Förderung von Strukturen, die geeignet sind, den Frieden zu festigen und zu konsolidieren, um das Wiederaufleben eines Konflikts zu verhindern. Diese können sowohl militärisches als auch ziviles Eingreifen erfordern.

Eine klare Grenzziehung zwischen den einzelnen „Typen“ von Maßnahmen ist häufig schwierig. Friedenserhaltung setzt in vielen Fällen zunächst einmal die Schaffung von Frieden voraus, zugleich können vorausgehende oder begleitende „friedenserzwingende Maßnahmen“ unerlässlich sein.

Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. (Hg.), *Frieden und Sicherheit*, Wiesbaden 2003, S. 24

M 19 Die Blauhelmsoldaten – Markenzeichen der UNO

Die bekannten „Blauhelmsoldaten“ der VN übernehmen in der Regel Aufgaben der Friedenserhaltung (Peace-Keeping). Dies bedeutet im Gegensatz zur Friedenserzwingung, dass die Soldaten den nach Beendigung eines Konflikts in einer Krisenregion oft brüchigen Frieden sichern sollen. Für das klassische Peace-Keeping gelten folgende Leitsätze:

- Die Entsendung erfolgt nur im Konsens mit den Konfliktparteien. Die Konfliktparteien müssen den Konflikt beenden wollen und sich einig über die Rolle der Blauhelmsoldaten sein (z. B. Sicherung der Grenze, Bildung einer Pufferzone zwischen den Konfliktparteien, Polizeiaufgaben, Beobachtung von Wahlen).

– Die Verantwortung für den Einsatz liegt bei den Vereinten Nationen, genauer beim VN-Generalsekretär, der die politische und operative Verantwortung trägt.

– Für die Blauhelmsoldaten gilt, dass sie strikt unparteiisch sein müssen, weshalb sich Länder, die in der Region eigene Interessen verfolgen, an den Missionen nicht beteiligen sollten.

– Die Blauhelmsoldaten dürfen nur leichte Waffen zur Selbstverteidigung tragen, um keiner Partei einen Vorwand zu bieten, die Soldaten in die Kampfhandlungen miteinzubeziehen.

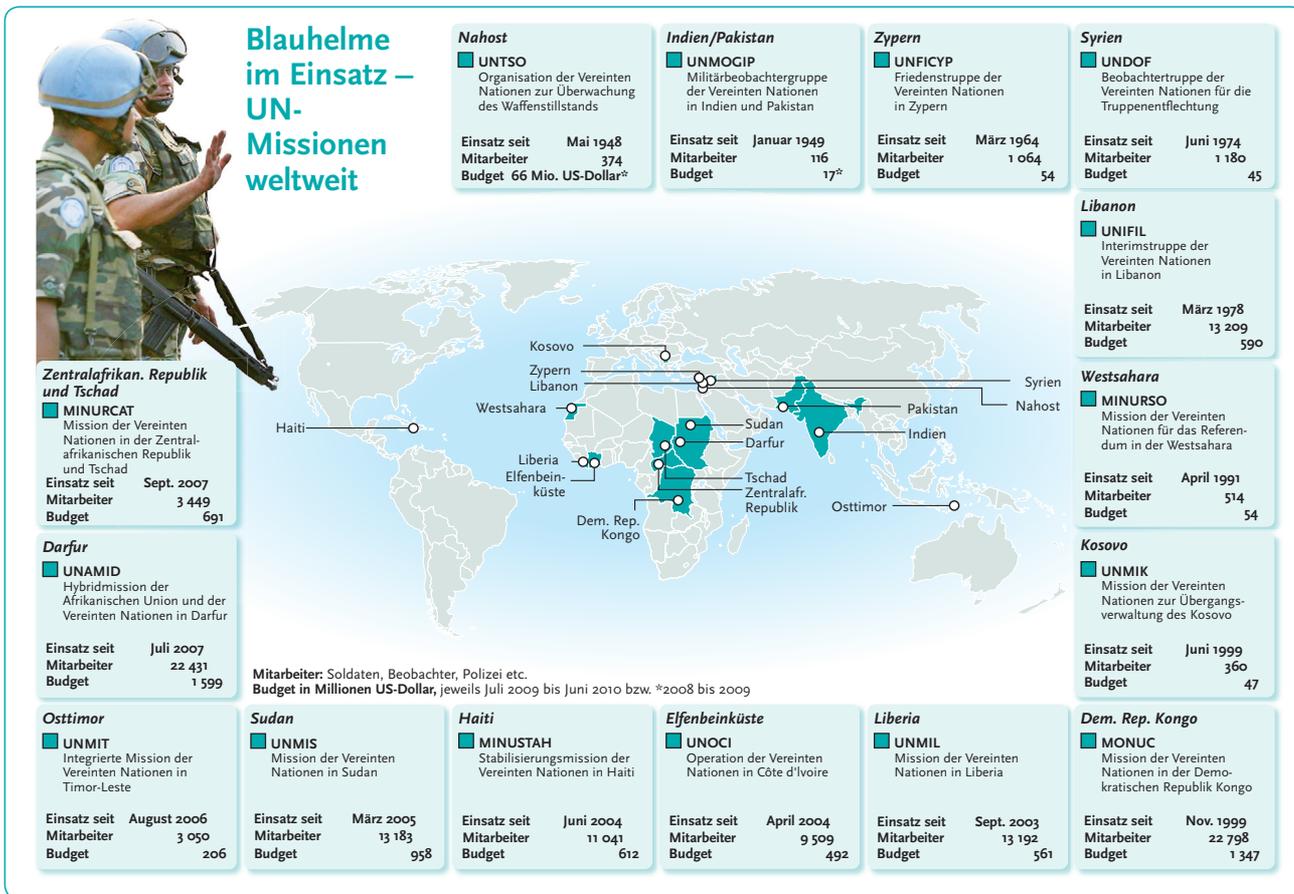
Neben diesen reinen VN-Missionen gibt es noch viele Missionen, die zwar



Erkläre den Unterschied zwischen einem Bündnis (NATO) und einem System kollektiver Sicherheit (UNO).

von den VN legitimiert sind (also ein VN-Mandat haben), aber von einzelnen Staaten (z. B. den USA), Bündnissen oder regionalen Organisationen wie der NATO oder der EU durchgeführt werden.

M 20 Blauhelme – im Einsatz weltweit



Globus-Grafik 3151;
Quelle: UN;
Stand: August 2009

M 21 Die Rolle der UNO bei der Bekämpfung des Terrorismus

Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September verabschiedete der UN-Sicherheitsrat Resolution 1373. Sie verlangt von jedem Land, die Finanzanlagen von Terroristen und ihren Unterstützern einzufrieren, ihnen die Durchreise oder einen sicheren Zufluchtsort zu verweigern, terroristische Rekrutierungsmaßnahmen und Waffenlieferungen zu verhindern und mit anderen Ländern bei der gemeinsamen Nutzung von Informationen sowie bei der Strafverfolgung zusammenzuarbeiten. Um die staatliche Einhaltung dieser neuen Anti-Terror-Mandate zu überwachen, wurde mit der Resolution 1373 das „Counter-Terrorism-Committee“ (CTC) ins Leben gerufen, das der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan als „das Zentrum der globalen Anstrengungen zur Bekämpfung des

Stelle Auftrag und Arbeit einer aktuellen UN-Blauhelm-Mission vor.

Terrorismus“ bezeichnete. Die vorrangige Aufgabe des CTC ist die Stärkung der Anti-Terror-Kapazitäten der UN-Mitgliedstaaten. [...] Es versucht ebenfalls, die Anti-Terror-Anstrengungen einer großen Zahl internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen innerhalb des UN-Systems und darüber hinaus zu koordinieren.

Das CTC hat seitens der UN-Mitgliedstaaten eine große Unterstützung erfahren, aber es steht trotzdem vor erheblichen Problemen: Es ist ausschließlich auf Berichte der Mitgliedstaaten angewiesen und verfügt über keine unabhängigen Mittel, um zu

entscheiden, ob Länder die Anti-Terror-Mandate tatsächlich umsetzen. Außerdem wurde es in seinen Anstrengungen, die Aktivitäten internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen zu koordinieren, mehrfach behindert. Im April 2004 wurde mit der Resolution 1540 das UN-Anti-Terror-Programm weiter gestärkt. Die neue Resolution verbietet Staaten jegliche Form von Unterstützung für nicht-staatliche Akteure, die versuchen, nukleare, chemische oder biologische Waffen zu erlangen.

nach: David Cortright, Wissenschaft & Frieden 4/2005, übersetzt von Brigitte Keinath

M 22 Probleme der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen

Die ursprüngliche und durchaus erfolgreiche Ausrichtung der VN auf die Verhinderung zwischenstaatlicher Kriege hat sich mit dem Wandel des Kriegsbildes in Richtung innerstaatlicher Auseinandersetzungen radikal verändert. Gemäß Kapitel VII der Charta stünde den VN ein hinreichendes Instrumentarium an Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens zur Verfügung, in der Praxis wurde aber von diesen Bestimmungen bisher kaum Gebrauch gemacht. Da den Vereinten Nationen keine eigenen Truppen zur Verfügung stehen, dürfte eine zu beobachtende Praxis die Relevanz der VN im Bereich der Friedenssicherung nachhaltig bestimmen: die Tendenz, dass sich insbesondere die leistungsfähigen Industriestaaten verstärkt Friedensmissionen mandatieren lassen (oder auch nicht), um sie dann in eigener Verantwortung durchzu-

führen. Dies führt zu einer Konzentration ihrer Kräfte auf Länder und Regionen, die für die betroffenen Staaten von unmittelbarem Interesse oder von Bedeutung sind. Den VN droht dabei nur noch eine Restkompetenz für vergessene Konflikte zuzufallen, für die sie dann – wie z. B. in Afrika zu beobachten – von den Industriestaaten zudem nur zögerlich unterstützt werden.

Johannes Varwick, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/2004

Thesen zur Rolle der UNO

Die Vereinten Nationen können auf viele erfolgreiche Blauhelm-Einsätze zurückblicken.

Wenn es den Welt-sicherheitsrat nicht gäbe, müsste man ihn erfinden. Nur so kommen doch alle an einen Tisch.

Streng militärische Aufgaben überfordern die Vereinten Nationen.

Die Stärke der Vereinten Nationen ist der zivile Aufbau.

Der Sicherheitsrat kann keine Kriege verhindern.

Der Sicherheitsrat kann Waffenstillstand erzwingen und Verhandlungen in Gang setzen.

Der Weltsicherheitsrat blockiert sich doch oft durch das Vetorecht, das jedem der fünf ständigen Mitglieder zusteht.

Aufgaben

1. Beschreibe Aufbau und Ziele der Vereinten Nationen (M 17 – M 19).
2. Erläutere, unter welchen Bedingungen die Blauhelmsoldaten der UNO eingesetzt werden können (M 21, M 22).
3. Arbeitet in Gruppen. Einigt euch auf eine der in der Randspalte gestellten Thesen und schreibt auf, warum ihr sie für zutreffend / nicht zutreffend haltet. Diskutiert anschließend Stärken und Schwächen der UNO (M 17 – M 22).



Methode

M 23 Analyse eines internationalen Konflikts

Afghanistan – der Konflikt

Nach Jahren des Bürgerkriegs ergriffen im Jahr 1996 die radikal-islamischen Taliban die Macht in Afghanistan. Das Land sollte zu einem Gottesstaat werden: Musik, Sport, Bilder und Fernseher wurden verboten. Die meisten Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Frauen konnten sich fortan nur in Ganzkörperverschleierung und männlicher Begleitung auf die Straße wagen. Dem internationalen Terrorismus boten die Taliban einen Unterschlupf: Die Anschläge vom 11. September wurden in Afghanistan geplant. Als Reaktion griffen im Oktober 2001 die USA und Großbritannien das Land an und stürzten gemeinsam mit der Nordallianz das Taliban-Regime. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten verfolgten dabei das Ziel, die seit 1996 herrschende Taliban-Regierung zu stürzen und die Terrororganisation al-Qaida zu bekämpfen, die für die Terroranschläge am 11. September 2001 verantwortlich gemacht wurde. Dazu gingen sie in Afghanistan ein Bündnis mit der Anti-Taliban-Allianz der Vereinigten Front ein, deren Truppen am 7. Oktober 2001 mit US-Luftunterstützung die Stellungen der Taliban angriffen. Diese Phase des Krieges endete mit der Eroberung der Hauptstadt Kabul und der Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz im November und Dezember 2001 durch die Vereinigte Front. Es folgte die Einsetzung einer Interimsregierung unter Präsident Hamid Karzai auf der parallel stattfindenden ersten Petersberger Afghanistan-Konferenz. Zum Schutz dieser Regierung und zur Unterstützung des Wiederaufbaus wurde durch den UN-Sicherheitsrat im Dezember 2001 eine von NATO-Staaten und mehreren Partnerländern gestellte Internationale Sicherheits-

unterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) mandatiert. Die afghanische Zentralregierung ist seit 2003 zunehmend Angriffen durch häufig als Neo-Taliban bezeichnete Guerillagruppen ausgesetzt. Um deren Vormarsch zu bremsen, wurde das Engagement von ISAF schrittweise erheblich ausgeweitet. Mehr als 40 Länder beteiligen sich seitdem am Wiederaufbau Afghanistans: Staatliche Strukturen sollen geschaffen, Schulen, Straßen und Krankenhäuser gebaut werden. Deutschland hat versprochen, vor allem beim Aufbau der afghanischen Polizei und Armee zu helfen. Doch immer wieder erschüttern Anschläge der Taliban das Land. Mit ihrer Terrorstrategie des „Mordens und Zerstörens“ wollen sie die afghanische Bevölkerung einschüchtern, im Westen Zweifel am Sinn der Afghanistan-Mission schüren und die Macht im Land zurückerobern.

Die Schwäche der staatlichen Institutionen Afghanistans stellt nach wie vor das Hauptproblem im Hinblick auf die Anstrengungen dar, Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Die Zentralregierung ist in weiten Teilen des Landes auf die Kooperation der dortigen Machthaber angewiesen, die oft keine formale Position innehaben und deren Einfluss auf Milizen und andere Netzwerke zurückgeht.

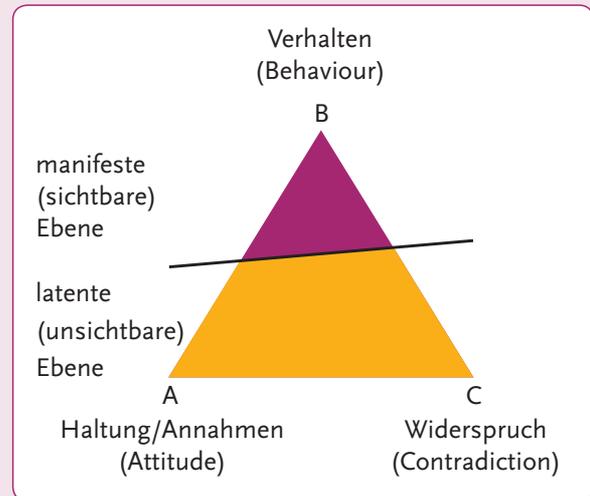
Die Drogenökonomie spielt besonders im Süden und in den Grenzregionen eine unvermindert große Rolle. Hinzu kommen die Machtkämpfe zwischen lokalen Stammesführern und Warlords. Aufständische, meist Taliban, sorgen insbesondere im Süden und Südosten des Landes für Unruhe, sind aber immer stärker auch in anderen Landesteilen aktiv.

Tipp: Eine ausführliche Sammlung von Internetlinks zum Konflikt in Afghanistan findet sich unter: www.politische-bildung.de/afghanistan_sicherheitspolitik.html

Wie analysiert man einen internationalen Konflikt?

In jedem Konflikt lassen sich drei Aspekte ausmachen:

- ein Widerspruch, d. h. eine Unvereinbarkeit von Zielen, Interessen bzw. Bedürfnissen,
- ein den Konflikt anzeigendes und allzu oft verschärfendes Verhalten (z. B. Konkurrenz, Aggressivität, Hass, Gewalt) der Konfliktparteien sowie
- eine auf den Konflikt bezogene und diesen – bewusst oder unbewusst – rechtfertigende Einstellung/Haltung. Diese ist eng verbunden mit den Wahrnehmungen und Annahmen der Konfliktparteien in Bezug auf ihre eigene Stellung im Konflikt und die Bewertung der anderen Parteien (z. B. Feindbilder).



Konfliktdreieck nach Johan Galtung

Die drei Komponenten können im sogenannten Konfliktdreieck anschaulich dargestellt werden. Dieses weit verbreitete Werkzeug der Konfliktanalyse wurde von Johan Galtung entwickelt, einem der Mitbegründer der Friedens- und Konfliktforschung. Das Dreieck verdeutlicht den unauflösbaren Zusammenhang zwischen den drei Komponenten jedes Konflikts. Es wird erkennbar, dass ein „objektiver“ Wi-

derspruch allein nicht ausreicht, um einen Konflikt zu begründen. Mindestens eine Partei muss sich auch dieses Widerspruchs, konkret der Unvereinbarkeit ihrer Bedürfnisse, subjektiv bewusst sein und in ihrem Verhalten und ihrer Haltung auf eine Veränderung der für sie unbefriedigenden Situation dringen. Das Modell zeigt, dass eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung an allen drei Ecken ansetzen muss.

Leitfragen zur Untersuchung eines Konflikts:

- 1. Worin besteht der Gegenstand des Konflikts (Widerspruch) und worum wird gestritten?**
 - Vorgeschichte des Konflikts?
 - Wer sind die Akteure?
 - Welche Interessen und Ziele verfolgen sie?
- 2. Welche Haltungen haben die Konfliktparteien?**
 - Wie begründen (legitimieren) die Konfliktparteien ihre Ziele (Tradition, Religion, Recht ...)?
 - Welche Einstellung haben die Akteure zu den verschiedenen Mitteln der Konfliktlösung?
- 3. Wie verhalten sich die Konfliktparteien?**
 - Welche Standpunkte werden formuliert und mit welchen Mitteln werden diese durchgesetzt (Propaganda, Einschüchterung, militärische Mittel)?
 - Wie reagieren die Konfliktparteien auf unterschiedliche Mittel der Konfliktlösung?
- 4. Welche Folgen ergeben sich für die Wahl einer geeigneten Konfliktlösung?**
 - Wie kann dem Konflikt begegnet werden?
 - Wie kann eine dauerhafte Konfliktlösung aussehen?
 - Welche Maßnahmen sind zu ergreifen?
- 5. Welche Folgen hat dies für mein eigenes politisches Handeln?**
 - Was kann ich tun?

→ Was wir wissen

Rolle und Aufgaben der Bundeswehr

M 2 – M 9

Die Bundeswehr sieht heute ihre Hauptaufgabe weniger in der Landesverteidigung als vielmehr in der Abwehr möglicher Risiken für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner weltweit. Im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO oder der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nimmt Deutschland Aufgaben bei der Sicherung des Friedens wahr. Im Rahmen der von den Vereinten Nationen legitimierten und der NATO geführten „International Security Assistance Force“ beteiligt sich die Bundeswehr an der Befriedung des Landes und am Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Afghanistan. Der Einsatz in Afghanistan ist jedoch politisch umstritten.

Die NATO

M 10 – M 15

Die NATO wurde im April 1949 als politisch-militärisches Verteidigungsbündnis der westlich-demokratischen Staaten gegen die Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs gegründet. Die Mitgliedsländer gehen eine gegenseitige Beistandsverpflichtung bei einem bewaffneten Angriff auf ein Mitglied ein. Aufgrund der veränderten Sicherheitslage hat die NATO 1999 eine neue Strategie beschlossen. Sie beinhaltet das ganze Spektrum militärischer Handlungsmöglichkeiten (Friedens erzwingung, Friedenserhaltung, Friedenskonsolidierung) auch außerhalb des Bündnisgebietes und – in Ausnahmefällen – ohne Mandat der Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen

M 16 – M 22

Die Vereinten Nationen wurden am 24.10.1945 von 51 Staaten als globale Friedensorganisation gegründet. Heute sind fast alle Länder der Welt Mitglied der VN. Zu ihren Zielen gehört insbesondere die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch ein allgemeines Gewaltverbot. Der Sicherheitsrat ist das wichtigste Organ der VN. Allein seine Beschlüsse (Resolutionen) sind für alle Staaten bindend. Der Sicherheitsrat besteht aus fünf ständigen Mitgliedern (USA, Großbritannien, Frankreich, China und Russland) und zehn nichtständigen Mitgliedern. Jedes ständige Mitglied ist mit einem Vetorecht ausgestattet, kann also Entscheidungen des Sicherheitsrates blockieren.

In der Generalversammlung haben alle Mitgliedstaaten eine Stimme. Die Generalversammlung kann jedoch nur Empfehlungen verabschieden, die völkerrechtlich nicht verbindlich sind.

Die Handlungsmöglichkeiten der VN lassen sich folgendermaßen umschreiben: friedensschaffende Maßnahmen (diplomatische Aktivitäten, Vermittlung, Schlichtung, politische Isolierung); friedens erzwingende Maßnahmen (wirtschaftliche Sanktionen, Einsatz von Waffengewalt); friedenserhaltende Maßnahmen (Überwachung eines Waffenstillstandes, Trennung der Konfliktparteien, Wahrnehmung von Polizeiaufgaben); friedenskonsolidierende Aufgaben (Aufbau zivil- und rechtsstaatlicher Strukturen, gemeinsame Projekte, Durchführung von Wahlen).

Konfliktfälle und ihre Regelung

Ihr seid Regierungsberater und sollt entscheiden, welche Maßnahmen zur Konfliktlösung in den folgenden Fällen ergriffen werden sollen. Es kann sich dabei auch um eine Abfolge von Maßnahmen handeln. Entscheidet gegebenenfalls auch, welche internationale Organisation zur Durchführung der Maßnahmen betraut werden soll. Begründet eure Entscheidung ausführlich. Beachtet dabei auch mögliche Konsequenzen eurer Entscheidung.

Fall 1

Die ethnische Mehrheit eines Landes terrorisiert die Minderheiten, mehr als 100.000 Menschen wurden grausam getötet oder gezwungen, in die Nachbarländer zu fliehen. Wirtschaftssanktionen und diplomatische Bemühungen wurden von den Machthabern ignoriert.

Fall 2

Ein Land mit einem autoritären Regime wird verdächtigt, Atomwaffen zu produzieren. Es weigert sich immer wieder, internationale Inspektionen zuzulassen.

Fall 3

Nach einem verheerenden Bürgerkrieg haben sich die Bürgerkriegsparteien einigen können und einen Friedensvertrag geschlossen, doch ist der Friede noch brüchig. Immer wieder kommt es zu Verletzungen des Waffenstillstandes durch einzelne Gruppen.

Fall 4

Ein Land beherbergt Terroristen, die wiederholt internationale Attentate mit großen Opferzahlen ausgeführt haben. Es weigert sich, die Terroristen auszuliefern.

Fall 5

Das Militär eines Landes marschiert in einem Nachbarland ein und besetzt staatliche Einrichtungen. Die Rohstoffvorkommen werden ausgebeutet und die Bevölkerung schikaniert.